

MULTIMEDIA

Schräge Bilder



Schilder sollten eigentlich helfen, die Welt besser zu verstehen. Doch diese Schilder verwirren einfach nur. Oder wussten Sie, dass man Treppen sowohl zum Rauf- als auch zum Runterlaufen benutzen kann? Eben!



Link auf www.zisch.ch/bonus

Verfuschte OPs

Mickey Rourke, Sylvester Stallone, sie alle frönen gerne der plastischen Chirurgie. Das kann manchmal ganz schön danebengehen, wie diese Galerie zeigt.



Link auf www.zisch.ch/bonus

Die besten Arni-Zitate

Sagen wirs mal so: Arnold Schwarzenegger glänzt vor allem mit seinen Muskeln, weniger mit seiner Sprache. Trotzdem: Die hier gesammelten Zitate sind einfach legendär.



Video auf www.zisch.ch/bonus

TOPNEWS

SP fordert Boni-Steuer

Bern – Eine Sondersteuer auf Boni und höhere Eigenmittel für Banken. Diese Bedingungen stellt SP-Präsident Christian Levrat für die Zustimmung der SP-Fraktion zum UBS-Amtshilfeabkommen mit den USA. Bei der Beratung dieses Geschäfts in der Junisession spielt die SP-Fraktion das Zünglein an der Waage. Da die SVP das Abkommen ablehnt, während CVP und FDP ihm zustimmen, wird es entscheidend sein, auf welche Seite sich die SP schlägt. **Seite 6**

Unruhen in Thailand

Bangkok – Aus Protest gegen die Abschaltung eines privaten Fernsehsenders haben in Bangkok Tausende von Regierungsgegnern das Gelände des zuständigen Satellitenbetreibers gestürmt. Soldaten und Polizisten setzten Wasserwerfer und Tränengas gegen die Demonstranten ein. Der von Sympathisanten der Oppositionsbewegung gegründete Sender war von der Regierung abgeschaltet worden. **Seite 7**

Israel sagt Teilnahme ab

Jerusalem – Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat seine Teilnahme am Nukleargipfel in Washington in der kommenden Woche abgesagt. Er begründete seinen Entschluss damit, einige Teilnehmerstaaten wollten das Treffen für Kritik am israelischen Atomprogramm nutzen. Israel hat bisher nie bestätigt, Atomwaffen zu besitzen. Nach Ansicht internationaler Experten verfügt das Land aber über Atombomben. Die israelische Regierung betrachtet den Iran als Bedrohung. **Seite 7**

Luzerner wird Valiant-Chef

Bern – Die Regionalbankengruppe Valiant wird ab dem 20. Mai von Michael Hobmeier geführt. Der 45-jährige Hobmeier wuchs in Nebikon auf und lebt heute im Kanton Schwyz. Hobmeier ist seit 2003 Mitglied der Konzernleitung und seit 2005 Chef der Valiant Bank AG. Hobmeier betonte, er wolle die Bankengruppe auf einem soliden Wachstumskurs halten. Er hält sich dabei auch die Möglichkeit offen, weitere Regionalbanken zu übernehmen. **Seite 13**

Mädchen verstümmelt

Sanaa – Vier Tage nach der Zwangsheirat mit einem 23-jährigen Mann ist ein 13-jähriges Mädchen im Jemen an Verletzungen seiner Genitalien gestorben. Der von der Familie des Mädchens ausgesuchte Ehemann wurde verhaftet. Laut Angaben der Menschenrechtsorganisation Sisters Arab for Human Rights ist das Kind verblutet. Die Verheiratung von Mädchen noch im Kindesalter ist im Jemen gängiger Brauch. Manon Schick, Mediensprecherin von Amnesty International Schweiz, hält den Fall für absolut schrecklich. Im Jemen gebe es keine Statistiken über diese Art von Heiraten, bemängelt Schick. **Seite 40**

Ein (Strom-)Schlag für Max Pfister

ANALYSE



Benno Mattli über Max Pfister, dessen CKW-Mandat und die Ständeratskandidatur

benno.mattli@neue-lz.ch

Das dürfte schwierig werden für Max Pfister: Der 59-jährige Luzerner FDP-Regierungsrat will am 23. Oktober 2011 in den Ständerat gewählt werden – als Nachfolger seiner Parteikollegin Helen Leumann, die nicht mehr antritt. Zwar findet die Nominierungsversammlung der Partei erst noch statt, aber bereits heute lässt sich sagen: Pfisters Nominations- und damit seine Wahlchancen sind gesunken.

Was ist passiert? Im Jahr 2004 ist Pfister in den Verwaltungsrat der Centralschweizerischen Kraftwerke (CKW) gewählt worden – als Vertreter der Luzerner Regierung. Bis 2008 war das überhaupt kein Problem, aber dann geriet Pfister in die Zwickmühle: Die CKW kündigten eine Strompreiserhöhung von durchschnittlich 20 Prozent an. Die Industrieunternehmen unserer Region und das Luzerner Kantonsparlament verlangten von der Luzerner Regierung – und damit auch von Pfister –, dagegen anzukämpfen. Pfister allerdings unternahm – so machte es zumindest den Anschein – nichts. Im Kantonsparlament etwa erklärte er im September 2008: «Die Einflussmöglichkeiten des Kantons auf den Energiemarkt sind gering.» Es

gehe um Fragen, die in der Kompetenz des Bundes lägen. Damit gaben sich die Industrieunternehmen aber nicht zufrieden – sie machten weiter Druck. Bisher ohne grossen Erfolg.

Die Luzerner Regierung aber tat – wohl um sich selber, aber auch Pfister aus der Schusslinie zu nehmen – etwas ganz Ungeschicktes: Sie entschied, Pfister ab Juni 2009 zwar im CKW-Verwaltungsrat zu belassen, aber nicht mehr als Regierungsvertreter, sondern als Privatperson. Darüber hinaus entschied sie, dass die Entschädigung für dieses Mandat (rund 25 000 Franken pro Jahr) neu auf Pfisters Privatkonto fliessen sollte und nicht mehr in die Staatskasse.

Was diesen Schachzug noch viel brisanter macht, ist die Tatsache, dass die Regierung es nicht für nötig befand, das Kantonsparlament da-

rüber in Kenntnis zu setzen. Die Mausechlei wurde erst Ende März aufgedeckt – und zwar von den Medien. Ein paar Tage später zog Pfister die Konsequenzen: Er legte sein CKW-Verwaltungsratsmandat per sofort nieder.

Klar könnte man jetzt sagen, die Regierung sei schuld. Denn sie habe ja entschieden, Pfister als Regierungsvertreter aus dem CKW-Verwaltungsrat zu nehmen und das Kantonsparlament darüber nicht zu informieren. Das hat sicher etwas für sich. Die Regierung hat sich und ihrem Ansehen mit Sicherheit geschadet.

Aber auch Pfister macht einen schlechten Eindruck. Denn seit die Affäre publik geworden ist, hat er es nicht für nötig befunden, öffentlich Stellung zu nehmen – auch nicht auf mehrmaliges Nachhaken unserer Zeitung. Weder sagt er, welche Rolle er am Schluss im CKW-Verwaltungsrat spielte, noch sagt er, ob er die privaten Entschädigungen für sein Verwaltungsratsmandat nun zurückzahlt (wie dies Kantonsparlamentarier inzwischen fordern), und er sagt auch nicht, wie er nun zu seiner Ständeratskandidatur steht. Als Begründung für sein Schweigen gibt er an: Den Entscheid zum CKW-Verwaltungsratsmandat habe

die Gesamtregierung gefällt, und das Problem sei durch die Mandatsniederlegung bereinigt worden. Nur: Von einem Regierungsrat und Ständeratskandidaten dürfte man eine öffentliche Erklärung und Transparenz in dieser brisanten Angelegenheit erwarten – und auch die sofortige Rückzahlung der Entschädigungen, die er privat erhalten hat.

Trotz der Affäre könnte Pfister von seiner Partei für die Ständeratswahlen nominiert werden. Einerseits, weil die Partei dem langjährigen Regierungsrat Wahlchancen einräumt. Denn Pfister hat in seinen 15 Jahren Regierungstätigkeit durchaus ordentliche Arbeit geleistet. Andererseits aber auch, weil die Partei keine allzu grosse Auswahl an valablen Kandidaten hat. Möglicherweise profitieren aber auch Nationalrat Georges Theiler und Fraktionschef Albert Vitali, die bei der FDP ebenfalls als Ständeratskandidaten im Gespräch sind.

Etwas aber lässt sich nicht wegdiskutieren: Max Pfister hat einen erheblichen Rückschlag erlitten. Und mit seinem Schweigen schadet er sich selber und seiner Partei. Womöglich profitieren davon sogar die anderen Parteien.

Kampf um die «Schweiz Zentralasiens»



Am Mittwoch kam es in der kirgisischen Hauptstadt Bishkek zwischen Sicherheitskräften und Aufständischen zu Strassenschlachten. REUTERS

Kirgistan ist ein kleines, armes und äusserst instabiles Land – und wird dennoch von den Grossmächten umworben. Für die USA ist Kirgistan eine Versorgungsplattform für Afghanistan. Russland pocht aus Prinzip auf die Vorherrschaft im erdöl- und erdgasreichen Zentralasien. Und dann ist da auch noch die Schweiz, die ihre Hilfe an Kirgistan ebenfalls mit eigenen Interessen verknüpft.

Das kleine zentralasiatische Gebirgsland ist aber auch sonst ein Sonderfall. Im Gegensatz zu anderen ehemaligen Sowjetrepubliken in der Region (Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan) besitzt Kirgistan nämlich keine grossen Erdöl- oder Gasvorkommen. Dafür ist der Kleinstaat aber seit 1998 Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) und konnte sich zu einem regionalen Umschlagplatz entwickeln – in erster Linie für chinesische Güter.

Vor allem aber galt Kirgistan seit dem Ende der Sowjetunion stets als möglicher Vorposten der Demokratie in Zentralasien. Bereits unter dem ersten Präsidenten Askar Akajew konnte sich eine we-

ANALYSE



Christian Weisflog über den Machtwechsel in Kirgistan

nachrichten@neue-lz.ch

sentlich lebendigere Zivilgesellschaft entwickeln als in den sultanistischen Nachbarländern. Akajew selbst sprach in visionären Momenten gerne von der künftigen «Schweiz Zentralasiens». Trotzdem regierte der unscheinbare Physikprofessor zunehmend autoritärer. Als sich sein Clan immer selbstherrlicher aufführte, wurde er 2005 gestürzt, ebenso wie nun sein Nachfolger Kurmanbek Bakijew.

Die neuen Machthaber werden nun beweisen müssen, dass in Kirgistan eine stabile und berechenbare Politik auch ohne die Dominanz einer einzigen Herrscherfamilie auf längere Zeit möglich ist. Gelingt dies nicht, dann wird sich Kirgistan nicht zu einer Schweiz, sondern innert kurzer Zeit zu einem Afghanistan entwickeln. Bereits heute ist das

Land ein wichtiger Transitkorridor für den Drogenschmuggel aus dem Hindukusch. Rund 40 Prozent der Kirgisen leben in bitterer Armut. Das ist ein idealer Nährboden für islamistische Organisationen, deren Einfluss vor allem im Süden des Landes spürbar zunimmt.

Eine Destabilisierung wäre insbesondere für die USA fatal. Denn ihre Truppen in Afghanistan werden mehrheitlich über den Luftwaffenstützpunkt Manas in Kirgistan ein- oder ausgeflogen – über 1500 Soldaten täglich. Vergleichbare Alternativen gibt es für die USA in der Region kaum. Die Luftbasis im autoritären Nachbarland Usbekistan musste das US-Militär 2005 räumen. Washington hatte Islam Karimows Regime für die blutige Niederschlagung eines lokalen Volksaufstandes kritisiert.

Russland arbeitet im Wissen um die strategischen Interessen der USA schon lange darauf hin, die Amerikaner aus Kirgistan und ganz Zentralasien zu verdrängen. Moskau möchte die Vorherrschaft in der erdöl- und erdgasreichen Region zurückgewinnen. Der Kreml bastelt derzeit an einer Art «Mini-Nato», einem eigenen kollektiven Sicher-

heitsbündnis, das auch die zentralasiatischen Republiken einschliessen soll.

Letztlich dürfte sich Russland mit seiner anti-amerikanischen Politik jedoch ins eigene Fleisch schneiden. Der einstigen Supermacht fehlen heute Mittel und Autorität, um in der Region allein für Ordnung zu sorgen. Mit dem aufstrebenden China hat längst ein weiterer Konkurrent das zentralasiatische Spielfeld betreten, der wirtschaftlich wesentlich stärker ist. Für Kirgistan bleibt zu hoffen, dass künftig nicht nur seine Clans, sondern auch die Grossmächte mehr mit- und weniger gegeneinander arbeiten.

Auch der Schweiz kann die Zukunft Kirgistans nicht gleichgültig sein. Sie leistet in Kirgistan, aber auch in Tadschikistan und Usbekistan seit Jahren umfangreiche Entwicklungshilfe. Allerdings tut auch sie das nicht völlig uneigennützig. Die Schweiz steht der Stimmrechtsgruppe dieser Länder beim Internationalen Währungsfonds und in der Weltbank vor. Die Kleinstaaten am Hindukusch verhilfen ihr damit zu einem der 24 Sitze in diesen Gremien.